

Sparzwang in Südeuropa – Eine Zwischenbilanz

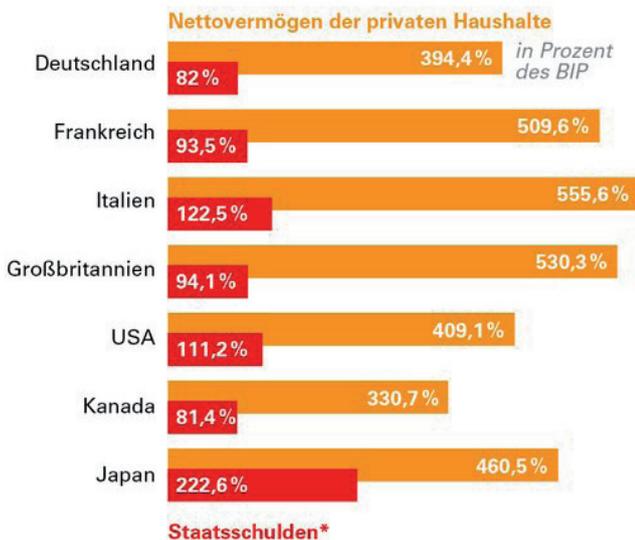
Europas Staaten stehen Kopf. Während Länder wie Griechenland, Spanien oder Italien trotz eisernem Spardiktats mit steigenden Zinsen kämpfen, profitieren Österreich und vor allem Deutschland von sinkenden Zinsen auf ihre Staatsanleihen. So konnte Österreich im Juli trotz Herabstufung seiner Bonität einen historischen Tiefstand bei den Anleihezinsen verzeichnen.

Sparpolitik & Staatsverschuldung: Ein Teufelskreis

Es gibt zwei Wege, um staatliches Defizit zu reduzieren: Entweder werden die staatlichen Einnahmen erhöht, oder die Ausgaben des Staates gesenkt. Gemäß der vorherrschenden neoliberalen Doktrin konzentrieren sich die Sparbemühungen primär auf die Ausgabenseite des Staates. Ziel ist es die Staatsverschuldung deutlich zu senken, in der Hoffnung die Zinsen für die zur Refinanzierung notwendigen Staatsanleihen würden sinken. Die Debatte über die Staatsverschuldung kreist vor allem um Zahlen, wie zum Beispiel die Staatsschuldenquote, das Budgetdefizit oder die 60% Maastricht-Kriterium.

Hohe Vermögen, arme Staaten

Privatvermögen und Staatsschulden betragen in...



* OECD-Prognose für 2013 | Quelle: DIW 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Ein Ansteigen der Schuldenquote alleine sagt aber noch nichts darüber aus, ob ein Staat stärker verschuldet ist. Die Schuldenquote spiegelt lediglich das Verhältnis zwischen Staatsschulden und BIP wider.

Die Auswirkungen der Sparpakete in Südeuropa

Durch den Konjunkturreinbruch steigt die Arbeitslosigkeit. Dies geht zu Lasten des Inlandskonsums und der Investitionsfreude der Unternehmen. So verlieren die Staaten hohe Summen an Lohn- und Einkommens-, sowie Gewinnsteuern. Gleichzeitig steigen die Sozialausgaben auf Grund der gestiegenen Arbeitslosigkeit und Armut. Dieser Entfall der Einnahmen und die Ausgabensteigerung erhöhen das Defizit und die Staatsverschuldung.

Das Sparpaket in Spanien

Maßnahmen

- Kürzung der Arbeitslosenhilfe und des Pflegegeldes
- Anhebung der Mehrwertsteuer: + 3%
- Kürzungen der Gehälter von Staatsbediensteten
- Lockerung des Kündigungsschutzes
- Kürzung der Staatsausgaben bei den Ministerien um durchschnittlich 17%

Auswirkungen

- Arbeitslosenrate bei 24,6%
- Rekordjugendarbeitslosigkeit, 3 Millionen Arbeitslose bei den unter 25-jährigen
- 1,7 Millionen Haushalte, in denen keine Person einem Job nachgeht
- Wirtschaft schrumpft das dritte Quartal in Folge

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Das BIP ist eine wichtige volkswirtschaftliche Maßeinheit. Es stellt den Wert aller erzeugten Güter und erbrachten Dienstleistungen dar. Die voestalpine erzeugt beispielsweise Güter, also Stahl. Der Kellner/die Kellnerin erbringt eine Dienstleistung. Das österreichische BIP betrug im Jahr 2011 etwa EUR 301 Milliarden.

Das Sparpaket in Italien

Maßnahmen

- Lockerung des Kündigungsschutzes
- Anhebung des Pensionseintrittsalters
- Abbau von 55.000 Stellen im öffentlichen Dienst
- EUR 3 Milliarden Einsparungen im Gesundheitssystem in den kommenden zwei Jahren
- EUR 200 Millionen weniger für die Universitäten

Auswirkungen

- Wirtschaft schrumpft im Jahr 2012 um bis zu 3%
- Steigende Arbeitslosenzahlen seit dem Jahr 2007 (Aktuell: 10%)
- Konsum minus 0,6%, Investitionen minus 3,6%

Das Sparpaket in Griechenland

Maßnahmen

- Erhöhung der Mehrwertsteuer
- Kürzung der BeamtInnengehälter und Streichung des 13. und 14. Gehalts (- 22,84%)
- Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst, Einfrieren der Gehälter über EUR 2000,-
- Anhebung Pensionsantrittsalters
- Steuererhöhung für Treibstoffe
- Kürzungen im Gesundheitssystem um EUR 2 Milliarden

Auswirkungen

- Gehälter im öffentlichen Dienst: - 30%
- Pensionen: - 15,6%
- 5 Jahre Rezession: - 15% BIP
- Arbeitslosigkeit bei 22,4%, bei unter 24-jährigen: Über 40%

Besonders in Griechenland sind die Auswirkungen der Sparpakete katastrophal. Die Kaufkraft der GriechInnen hat sich innerhalb der letzten 3 Jahre nahezu halbiert. Der Mindestlohn wurde im Jahr 2012 von EUR 751 auf EUR 586,- gekürzt. Damit sind Beschäftigte mit Mindestlohn in puncto Kaufkraft auf den Stand von 1978 zurückgefallen.

Wem die Krise nicht schadet

Während ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen & Co. drastische Einkommensverluste hinnehmen müssen, steigen die privaten Geldvermögen trotz Krise. Als Geldvermögen zählen Bargeld, Wertpapiere, Bankanlagen, Sparbriefe oder Ansprüche gegen Versicherungen. Guthaben im Ausland oder Sachwerte wie Immobilien sind nicht miteingerechnet. Das private Geldvermögen wuchs laut Bundesbank beispielsweise in Deutschland um weit überdurchschnittliche 149 Milliarden Euro auf den Rekordwert von 4,715 Billionen Euro. Das ist bedeutend mehr als das Doppelte der deutschen Staatsverschuldung von rund 2 Billionen Euro.

So heftig müsste Österreich sparen

Alleine das neue Sparpaket in Griechenland hat ein Volumen von EUR 11,5 Milliarden. Umgelegt auf Österreich würde das folgende Auswirkungen haben:

Ausgaben für Bildung (2011): EUR 16.651 Mrd., Kürzung in Griechenland um 5,34%, das heißt für Österreich: - EUR 889,2 Mio.

Zum Vergleich: Das Jahresbudget der Medizin-Universität Wien beträgt EUR 818 Mio.

Ausgaben für Pensionen (2011): EUR 38.165 Mrd., Kürzung in Griechenland um 15,57%, das heißt für Österreich: - EUR 5,9 Mrd.

Zum Vergleich: Die durchschnittliche Pension/Monat beträgt in Österreich bei Männern EUR 1.673,- und EUR 930,- bei Frauen (Stand 2011). Das wäre eine Kürzung in Höhe von EUR 260,5 bzw. EUR 144,8 monatlich.

Ausgaben für Wohnungswesen und Kommunale Gemeinschaftsdienste (2011): EUR 1.869 Mrd., Kürzung in Griechenland um 6,5% , das heißt für Österreich: - EUR 121,5 Mio.

Zum Vergleich: Oberösterreich wendete 2009 für die Wohnbauförderung EUR 248,9 Mio auf.

Ausgaben für Gesundheitswesen (2011): EUR 23.792 Mrd. . Kürzung in Griechenland um 10,19 % , d.h. für Österreich: - EUR 2,4 Mrd.

Zum Vergleich: In Oberösterreich fielen 2010 für die Krankenhäuser Kosten in Höhe von EUR 1,8 Mrd an.

Lesetipp: NachDenkSeiten

Auf der Webseite www.nachdenkseiten.de finden Interessierte täglich eine übersichtliche Zusammenstellung von kritischen Zeitungsartikeln und Berichten aus dem deutschen Sprachraum. Getragen wird diese Webseite vom Förderverein „Initiative zur Verbesserung der Qualität politischer Meinungsbildung e.V.“.

Ziel ist es abseits der oftmals einseitigen Berichterstattung der Medien eine kritische Informationsquelle zu schaffen.